

17 Millionen Abgang im Stadthaushalt.

Stadt Umlagerhöhung: Tarifierhöhung.

Gestern trat die Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates zu einer Sitzung zusammen, um über die Bedeckung des Abganges von 17 Millionen Kronen, der sich in der Haushaltsrechnung der Stadt Wien ergibt, Beschlüsse zu fassen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte mit, daß der Abgang im Stadthaushalt eigentlich 61 Millionen Kronen betrage. Wenn der Rest des 80 Millionen Kronen-Anlehens und die Kassenbestände zur Deckung mit herangezogen werden, so verbleibe noch immer ein Abgang von 17 Millionen Kronen, für den eine Deckung gefunden werden müsse. Eine Erhöhung der städtischen Zuschläge zu den Steuern sei derzeit ausgeschlossen, Zuschläge zur Personaleinkommensteuer seien unmöglich und die Aufnahme einer Defizitanleihe wäre nicht im Interesse der Gemeinde gelegen. So käme nur, wie der Bürgermeister meinte, eine „Tarifregulierung“ der drei großen Unternehmungen, und zwar der Straßenbahnen wie der Gas- und der Elektrizitätswerke, in Betracht. Nach dieser Einleitung wurden die Direktoren Spängler, Menzel und Karel zu Vorträgen eingeladen und sie rechneten nun der Obmännerkonferenz vor, wie viel jeder von ihnen mehr aus der Bevölkerung herauszujuden kann, wenn die Tarife nach ihren Vorschlägen erhöht werden. Nun legten sie los. Spängler beantragte einen Einheitstarif der städtischen Straßenbahnen mit 30 Heller, die Kinderkarten und Frühfahrkarten sollen von 16 auf 20 Heller erhöht werden. In ähnlicher Weise auch die Preise der übrigen Einzelfahrcheine für elektrische und Dampfbetriebe. Die Netz- und Streckenarten um 20 bis 40 Prozent erhöht werden. Der Gaspreis soll von 20 auf 26 Heller für den Kubikmeter gesteigert werden. Die Miete für Automatenanlagen, die durchwegs die kleinsten Haushalte betrifft, soll von einer auf drei Kronen im Monat erhöht werden. Der Preiszuschlag auf den elektrischen Strom beträgt gegenwärtig 17 und 20 Prozent. Er soll auf 60 Prozent erhöht werden. Dann berichtete Magistratsrat Dr. Feld über die Bewilligung von neuen Kriegszuwendungen an die Gemeindeangestellten einschließlich der Lehrpersonen. Die gegenwärtigen Teuerungszulagen sollen für das Verwaltungsjahr 1918/19 verlängert werden und im Juli soll ein Anschaffungsbeitrag in der gleichen Höhe wie im Mai zur Auszahlung gelangen.

Man muß gestehen, die Herren im Rathause machen sich die Sache sehr einfach. Bergegenwärtigen wir uns einmal die Sachlage so: Die Straßenbahnen gehören noch dem Reizes, das Gaswerk den Engländern und das Elektrizitätswerk der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Die Stadt Wien hat 17 Millionen Kronen Abgang zu decken und faßt nun den Beschluß, sich an diese drei Gesellschaften zu wenden, daß sie die Tarife so erhöhen mögen, daß die 17 Millionen Kronen hereingebracht werden, und daß diese drei kapitalistischen Gesellschaften der Gemeinde Wien die durch die neuen Tarife erzielte Mehreinnahme abliefern sollen. Sofort würde es jedem Menschen klar, daß hier die Gemeinde etwas tut, was völlig jedem Herkommen widerspricht. Sie würde sich mit den drei Kapitalistengesellschaften verbinden, um die

mehrlose Bevölkerung auszuplündern. Der Vorschlag, der von der Obmännerkonferenz zur Kenntnis genommen wurde und dem, wie wir den Wiener Gemeinderat kennen, auch dieser in seiner großen Mehrheit zustimmen wird, ist nichts anderes. Er zeigt uns deutlich, daß die Wirtschaft im Rathause nicht als Gemeindefozialismus anzusprechen ist, wie die Herren so gern die Bevölkerung glauben machen möchten, sondern als Gemeindefkapitalismus. Das ist aber etwas ganz anderes. Der Gemeindefozialismus wird Unternehmungen schaffen, um der Gesamtheit der Bürger die Steuerlast zu erleichtern. Der Gemeindefkapitalismus benützt diese Unternehmungen, um die kapitalsträftigen Bürger auf Kosten der Gesamtheit zu schützen. Herr Weiskirchner und seine Getreuen scheuen sich, die Umlagen zu erhöhen. Hätten sie nicht die drei Unternehmungen, dann bliebe ihnen kein anderer Weg, denn wären diese drei noch privatkapitalistische Unternehmungen, so würden sich diese für einen solchen Auftrag der Gemeinde, die Bevölkerung zu schröpfen, höchlich bedanken. Da die Rathaherren sie aber die Unternehmungen in Händen haben, scheuen sie sich nicht, die Lasten, die die Allgemeinheit zu tragen hat, ganz ungleich auf drei Gruppen der Bevölkerung zu verteilen, auf die drei, die die öffentlichen Verkehrsmittel, die Gas und Elektrizität brauchen. Bei einer Umlagerhöhung wäre die Sache anders. Die Umlage würde alle Bürger treffen, aber alle nur nach Maßgabe ihrer tatsächlichen Zahlungsfähigkeit. Den Besitzer der kleinsten Wohnung, die ohnehin die teuerste ist, am geringsten, den Inhaber der größten Wohnung, die die billigste ist, am höchsten. Gewiß, die Gemeinde muß den Abgang von sieben Millionen decken. Es ist notwendig, daß dieses Geld herbeigeschafft werde. Aber endlich einmal muß mit dieser Tarifwirtschaft doch gebrochen werden. So geht es nicht fort, daß die Tarife ins Unermeßliche erhöht und dadurch gerade die erwerbenden Klassen, die Arbeiter und die mit festen Monatsgehalten Angestellten, am härtesten getroffen werden. Das ist ungerecht, unbillig, unsozial und die Bevölkerung kann diese Art der Ausbringung der nötigen Gelder durch die Gemeinde Wien nicht anders empfinden denn als einen Anschlag auf ihre Taschen. Den reichen Leuten wird es wenig machen, wenn sie anstatt 22 Heller 30 bezahlen, wenn die Gasrechnung etwa höher gestellt sein wird und ebenso die Rechnung für das elektrische Licht. Anders aber sieht die Sache in einer Familie aus, wo der Vater, um an seinen Arbeitsort zu gelangen, die Straßenbahn benutzen muß, vielleicht auch noch die Tochter, der Sohn, wo Kinder in entfernte Schulen fahren müssen und wo die Mütter, um den Wagen füllen zu können, auch noch ihre weiten Einkaufsfahrten machen müssen. In so einer Familie kann dieser Zuschlag von acht Heller auf eine Fahrkarte leicht in einem Tage 60, 80 Heller, ja eine Krone erreichen und der privatisierende Hausherr, dem das Vorstadthaus vielleicht gehört, in dem die Familie wohnt, wird nicht zehn Heller zu dieser Steuer beitragen. Man kann nur mit dem größten Unmut von dieser Leichtfertigkeit der Rathaherren berichten, mit der sie den Stadthaushalt wieder in Ordnung bringen.